

# »Digital education for a strong recovery«

## Online-Konferenz des OECD Centre for Educational Research and Innovation (CERI), 8.–10. Juni 2021

SANIYE AL-BAGHDADI (DIE)

Aus Anlass des Erscheinens ihres neuesten Berichts zu digitaler Bildung – dem *Digital Education Outlook* – hat die OECD internationale Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis in einer dreitägigen Online-Konferenz zusammengebracht. Im Fokus standen die drei bildungstechnologischen Zukunftsfelder Künstliche Intelligenz, Blockchain-Technologie und Robotik. Andreas Schleicher, Leiter des Directorate *Education and Skills*, fasste die zentralen Befunde des Berichts zusammen, welche in erster Linie die Potenziale dieser Technologien für die zukünftige Bildungsarbeit aufzeigen: »Auch wenn diese Technologien für viele noch Zukunftsmusik darstellen, ist die Zukunft längst im Jetzt angekommen. Die Technologien sind da und bereit, aber sind wir es auch?«

Unter Federführung von Stéphan Vincent-Lacrin haben die Autorinnen und Autoren des Berichts, die im Verlauf der Tagung in verschiedenen Sessions auch selbst zu Wort kamen, die Technologien vor allem über ihre möglichen Anwendungsfelder – vom primären bis zum tertiären Bildungsbereich – erschlossen. So wird aufgezeigt, wie KI & Co. dabei helfen können, die Motivation Lernender zu erfassen und zu erhöhen, adaptive und inklusive Lernsettings zu schaffen, Frühwarnsysteme zu etablieren, um drohende Ausfälle zu verhindern, oder game-basierte Testverfahren zu

erstellen, die weit komplexere Kompetenzen abfragen können, als dies über Standardtestverfahren bisher möglich war. Neben KI-basierten Anwendungen und Learning Analytics wird auch die Robotik als Bildungstechnologie eingeführt. Von Dozierenden gesteuerte *Social Robots* werden zum Beispiel bereits in der Sprachbildung eingesetzt, entweder als Assistenzen oder in der direkten Interaktion mit Lernenden. Als besonders vielversprechend, vor allem mit Blick auf lebenslanges Lernen, so Schleicher, dürfe sicherlich die Blockchain-Technologie gelten. So könnten in einem digitalen Zertifizierungssystem mit Blockchain auch solche Zertifikate und Nachweise erfasst und sicher gebündelt werden, die jenseits formaler oder akademischer Bildungskontexte erworben werden (so bei Teil- oder Weiterqualifizierungen im Beruf oder in der Weiterbildung etwa durch MOOCs).

Doch der Weg dahin ist lang. Auch Andrew Ng, Informatiker und Mitbegründer der Online-Lernplattform Coursera, erkennt die Grenzen einer KI an: »Es gibt vieles, das wir gut können. Was wir aber nicht können, ist Lernmotivation zu vermitteln. Wenn ein Lernender hängen bleibt, können wir ihn nicht zurückholen. Das kann nur der oder die Lehrende, wenn überhaupt. Wir brauchen mehr Lehrende, die den Lernprozess mitdesignen.« Schleicher sieht darüber hinaus viele Hürden, die allen voran die bildungspolitisch Verantwortlichen zu nehmen hätten. Es sei in der Verantwortung der Politik, *educational data* mit Datensicherheit in Einklang zu bringen, zudem müsste man sich öffnen für mehr Kooperationen zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, und es müsste Innovationen und viel mehr Investitionen in Bildungstechnologie der Weg geebnet werden. An die EdTech-Industrie richtete Schleicher den Appell, Leh-

rende und Bildungspraktiker\*innen in die Forschung und Entwicklung miteinzubeziehen (»Technology is unlikely to work for learning unless the teaching profession is part of the design of those tools«) sowie die Kompatibilität unter den vielen unterschiedlichen Systemen zu erhöhen. Es sollten am Ende die Lernenden sein, die im Mittelpunkt stehen, nicht die Technologie.

Und welche Aufgabe übernimmt an dieser Stelle Bildungsforschung? Ein zentraler Befund des Berichts, den eine Runde aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Session *Building a framework for research on digital education worldwide* diskutierte, dürfte auf die gesamte empirisch gestützte Digitalisierungsforschung zutreffen: So bestehe die Gefahr, dass die evidenzbasierte Forschung angesichts der schnellen und steigenden technologischen Entwicklung zurückfalle. Andreas Schleicher hat das Problem, dem sich auch die Bildungsforschung stellen muss, auf den Kern reduziert: »Bildung ist immer noch ein sozialer, relationaler Prozess. Wir müssen herausfinden, wie eine angemessene Balance im Umgang mit Bildungstechnologien zu finden ist, welche Rolle im Bildungsprozess den Lehrenden und welche der Technologie zukommen soll.«

Den vollständige OECD-Bericht zum Nachlesen (252 Seiten) gibt es hier:

→ [HTTPS://READ.OECD-ILIBRARY.ORG/EDUCATION/OECD-DIGITAL-EDUCATION-OUTLOOK-2021\\_589B283F-EN](https://read.oecd-ilibrary.org/EDUCATION/OECD-DIGITAL-EDUCATION-OUTLOOK-2021_589B283F-EN)

# Zwischen Qualitätsanspruch und prekären Beschäftigungsverhältnissen

## Digitale Podiumsdiskussion im Rahmen der Themenwoche ver.di wählt, 31. August 2021

BRIGITTE BOSCHE (DIE)

Kurz vor der Bundestagswahl luden die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (bbb) e.V. zu einer virtuellen Podiumsdiskussion mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikerinnen und -politikern der demokratischen Bundestagsparteien ein. Sylvia Bühler vom Bundesvorstand ver.di betonte zu Beginn die Absicht, mit der gemeinsamen Veranstaltung auf die sich seit Jahren verschärfenden Arbeitsbedingungen im Bereich der öffentlich geförderten beruflichen Weiterbildung hinweisen und bessere Rahmenbedingungen für die Träger und das pädagogische Personal einzufordern zu wollen. »Qualität muss in der beruflichen Weiterbildung wieder zum zentralen Maßstab für die öffentliche Förderung werden, und der staatlich verordnete Preiskampf verbunden mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und sachgrundlosen Befristungen muss gestoppt werden«, so die zentrale Forderung. In der Praxis seien Weiterbildungsträger, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Preiswettbewerb häufig benachteiligt, weshalb es aus Sicht der Gewerkschaft und des BBB eines Tariftreuegesetzes bedarf. Dazu Thiemo Fojkar vom BBB: »Diejenigen, die am schlechtesten zahlen und die die schlechtesten Arbeitsbedingungen haben, haben

die besten Chancen, Maßnahmen anzubieten. Damit kann man keine guten Beschäftigten halten oder gewinnen. Viele benutzen die Weiterbildung nur als Sprungbrett in Bereiche mit besseren Arbeitsbedingungen. Das wird dem Feld nicht gerecht, weil die Transformation der Gesellschaft auf Weiterbildung angewiesen ist, die unter guten Rahmenbedingungen durchgeführt wird.«

Alle Diskussionsteilnehmenden waren sich einig darin, dass Weiterbildung eine entscheidende Rolle beim Ausbau der Digitalisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft spielt, und deshalb ein Zukunftsthema sei. Wie die öffentlich geförderte Weiterbildung allerdings ausgestaltet sein muss, um die anstehenden Transformationsprozesse zu bewältigen, dazu gab es unterschiedliche Vorstellungen. Nach Ansicht von Marc Biadacz von der CDU/CSU böten die befristeten Arbeitsverhältnisse der Weiterbildungsbranche insbesondere Berufsanfängern einen guten Einstieg in den Arbeitsmarkt und sollten deshalb nicht verändert werden. Seine Partei plane den Aufbau einer Online-Weiterbildungsplattform, »eine Art Netflix of Education«.

Für eine Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und die Einführung eines Branchentarifvertrags in der nächsten Legislaturperiode sprachen sich Kerstin Tack (SPD), Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Sabine Zimmermann (DIE LINKE) aus. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen neben der beruflich-betrieblichen Weiterbildung auch die individuelle Weiterbildung stärken und schlagen dazu ein Weiterbildungsgeld vor. Zudem wollen sie die Beratungsstruktur verändern und auf weitere Agenturen ausweiten. »Mit einer trägerunabhängigen Beratung wollen wir die Weiterbildung als vierte Säule im Bildungssystem aufbauen, neben Schule,

Ausbildung und Studium«, führte der Politiker aus. Außerdem müsse ein Recht auf Weiterbildung eingeführt werden und Weiterbildung als Teil der Daseinsvorsorge gesehen werden.

Für ein Recht auf Weiterbildung und eine geförderte Bildungszeit sprach sich auch Kerstin Tack (SPD) aus. Sie sieht zudem einen Reformbedarf bei der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV). Diese müsse regional angepasst werden, damit Weiterbildung unter den Bedingungen vor Ort umgesetzt werden könne.

Pascal Kober von der FDP stimmte vielen Kritikpunkten seiner Voredner zu und plädierte dafür, mehr in den Bereich Weiterbildung zu investieren. »Diese Mittel sind nicht Kosten, sondern Investitionen«, erklärte er. Seine Partei wolle Geringverdiener mit bis zu 1.000 Euro im Jahr für Fortbildung und Weiterbildung unterstützen, während für Besserverdiener eine Art Sparfreibetrag für Bildung vorgesehen sei. Auch Sabine Zimmermann (DIE LINKE) sprach sich für ein Weiterbildungsgeld für Menschen in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettolohns aus. Doch nicht nur die Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen müssen unterstützt werden, sondern auch die Träger und die Beschäftigten, ergänzte Frau Zimmermann.

Die etwa 160 Zuhörenden waren aufgefordert, sich im Chat mit Kommentaren und Fragen parallel zu beteiligen. Leider wurden diese Beiträge nicht gut integriert, weshalb Fragen nach konkreten Umsetzungsvorschlägen unbeantwortet blieben. »Da hätte ich mir eine bessere Strukturierung gewünscht und von den Politiker\*innen kürzere und konkretere Antworten«, kritisierte eine Zuhörerin. Dennoch bot die Veranstaltung insgesamt einen guten Einblick in die Kernpositionen der eingeladenen Parteien.